



DIE ORTSSCHELL

Nachrichten für die Nauroder Bürger

Februar 2013

**Der lange Weg
zu einem besseren Land**

**150 Jahre
SOZIALDEMOKRATIE**

Liebe Nauroderinnen und Nauroder,



zu Beginn des Jahres 2013 erhalten Sie wieder eine Ausgabe der „Ortsschell“. Das neue Jahr steht im Zeichen wichtiger Wahlen. Höhepunkt ist sicherlich der 22. September, wenn sowohl der Deutsche Bundestag als auch der Hessische Landtag neu gewählt werden. Den Anfang aber macht zunächst Wiesbaden: Am 24. Februar (und ggf. in einer Stichwahl am 10. März) soll ein neuer Oberbürgermeister gewählt werden. In Naurod sind – wie in

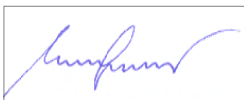
allen anderen Stadtteilen auch – die entsprechenden Wahlplakate nicht zu übersehen. Man mag dies für das Ortsbild mehr oder weniger schön finden. Aber wenn sie dazu beitragen, auf diese wichtige Wahl aufmerksam zu machen und für eine hohe Wahlbeteiligung zu sorgen, dann haben sie ihren Zweck erfüllt. Seit der Einführung der Direktwahl der Bürgermeister in Hessen im Jahre 1992 ist die Wahlbeteiligung bei den Wiesbadener Oberbürgermeisterwahlen stetig gesunken. Von 59,4 % im Jahre 1997 über 33,7 % in 2003 bis hin zu mageren 26,9 % bei der letzten Wahl 2007, was übrigens der drittschlechteste Wert aller deutschen Großstädte in den letzten zehn Jahren war. Daher bitte ich Sie: Gehen Sie zur Oberbürgermeisterwahl. Machen Sie von Ihrem demokratischen Grundrecht Gebrauch. Es geht hierbei nicht nur um irgendwelche zweitrangigen Verwaltungsangelegenheiten, sondern um die Geschicke unserer Stadt in den nächsten sechs Jahren und weit darüber hinaus. Es geht um eine grundsätzliche Neuausrichtung Wiesbadens, von der auch Naurod betroffen ist. Es geht um die Frage, ob unsere Stadt durch kühles Wirtschaftlichkeitsdenken immer stärker auseinanderdriftet oder ob ihre Menschen wieder solidarisch zueinander finden. Ob wichtige Projekte ohne parlamentarische Mitsprache durch städtische Gesellschaften durchgeboxt werden oder wieder von den gewählten Stadtverordneten kontrolliert werden. Ob mit städtischen

Millionen aus reinen Prestigegründen einer privaten Universität hinterhergelaufen wird oder öffentliche Gelder sinnvoll in Kindertagesstätten, Schulen und die Fachhochschule Rhein-Main investiert werden. Ob die städtebauliche Weiterentwicklung sich den Wünschen privater Großinvestoren unterordnet oder endlich bezahlbarer Wohnraum für Jung und Alt geschaffen wird – auch in Naurod. Sie haben die Wahl. Mit dem Kandidaten Sven Gerich steht eine echte Alternative zum Amtsinhaber zur Wahl. Sven Gerich steht für die Neuausrichtung. Als Vorsitzender der SPD-Rathausfraktion hat Sven Gerich bewiesen, dass er mit Herz und Verstand Sachpolitik betreiben und wenn nötig Kompromisse finden kann.

In Naurod müssen auch immer wieder Kompromisse gefunden und sachgerechte Lösungen gesucht werden – zum Wohle des Ortes. Dem Ortsbeirat gelingt dies auch in den allermeisten Fällen durch eine gute und sachliche Arbeit über die Parteigrenzen hinweg. In der jüngsten Vergangenheit standen Erhaltungsmaßnahmen im Vordergrund, wie die Sanierung der Kellerskopfhalle oder die Modernisierung des Sportplatzes. Auch weiterhin wird die Erhaltung der öffentlichen Einrichtungen in Naurod ein Schwerpunkt sein, so die dringend notwendige Sanierung der maroden Rudolf-Dietz-Schule oder die im Juni 2013 beginnende Sanierung des Forums. Für all diese Maßnahmen werden große Beträge aufgewendet. Und das ist richtig und gut so. Es stehen aber auch ganz neue, gestalterische Maßnahmen auf dem Programm: Die Umgestaltung der „Kreuzgass“ in der Ortsmitte und des Platzes hinter der Kirche. Hier soll mit den Bürgern und für die Bürger ein neuer Dorfmittelpunkt entstehen. Dabei stehen wir aber noch ganz am Anfang, so dass uns dieses Projekt sicherlich noch einige Zeit beschäftigen wird.

Ich wünsche Ihnen alles Gute für das Jahr 2013 – und jetzt eine angenehme Lektüre.

Ihr Mathias Scherer



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Naurod

zunächst einmal möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen – wenngleich etwas verspätet – meine besten Wünsche für das Jahr 2013 zu übermitteln. Ich wünsche Ihnen alles Gute, Glück und Gesundheit.

Für die kommende Landtagswahl werde ich wieder als Kandidat der SPD im Wahlkreis 31 antreten, zu dem neben Naurod auch Sonnenberg, Rambach, Auringen, Medenbach, Breckenheim, Kloppenheim, Heßloch, Igstadt, Bierstadt, Erbenheim, Nordenstadt, Delkenheim, Biebrich, Kastel, Kostheim und Amöneburg gehören.

Ich darf mich kurz vorstellen: Mein Name ist Michael David, ich bin 49 Jahre alt, verheiratet, habe zwei erwachsene Söhne und lebe in Medenbach. Von Beruf bin ich Kriminalbeamter bei der Wiesbadener Polizei.

In Medenbach bin ich Ortsvorsteher, außerdem Stadtverordneter und Vorsitzender des Ausschusses für Freizeit und Sport der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Hessen muss wieder gerechter werden! Deshalb stelle ich das Thema sozialer Zusammenhalt in den Mittelpunkt. Das reicht von einer Bildungspolitik, die jedem Kind die besten Chancen einräumt, seine Fähigkeiten zu entfalten, bis zum Einsatz für bezahlbaren Wohnraum und Löhne, von denen man auch im Ballungsraum ansständig leben kann. Es darf nicht sein, dass die soziale Spaltung immer tiefer geht. Sicherlich wird sich in der Zeit bis zur Landtagswahl die Gelegenheit ergeben, mich einmal persönlich zu treffen. Gerne können Sie mich aber auch telefonisch unter 06122 / 89 82 oder per Email (michael.david@spd-wiesbaden) kontaktieren.

Herzliche Grüße Ihr Michael David



Zeit für eine menschlichere Stadt – Sven Gerich als Oberbürgermeister

Im letzten Sommer war der Fraktionsvorsitzende der Wiesbadener SPD und Oberbürgermeister-Kandidat Sven Gerich in Wiesbaden auf „Zuhör-Tour“. Sein Resümee lautete: „Ich wollte erst zuhören, bevor ich ein großes Programm vorstelle – und ich habe viel mitgenommen“. Mit Menschen sprechen und erfahren, wo der Schuh drückt – dies soll die Grundlage einer Vision für ein menschlicheres Wiesbaden sein. Besucht wurden Kindergärten und sozialen Einrichtungen, Gewerkschaften, Betriebsräte, Traditions- und High-Tech-Firmen. „Eines ist deutlich geworden: Es ist Zeit für eine menschlichere Stadt“, so Gerich.

Ab Herbst folgte unter dem Motto „Was muss in Wiesbaden besser werden“ eine Tour durch die Stadtteile. Dabei hatten Bürger die Gelegenheit Wünsche, Vorstellungen und Ideen mitzuteilen. Die meistgenannten Themen waren: Kritik am öffentlichen Personennahverkehr, Wohnen und zu hohe Mieten, überfällige Schulsanierungen und mangelnde Sauberkeit in der Stadt.



„In Wiesbaden fehlen rund 4000 bezahlbare Wohnungen. Ich will das ändern“, sagt Sven Gerich. Wohnbaugesellschaften sowie private Unternehmen müssten die richtigen Rahmenbedingungen bekommen. Es müsse endlich losgehen mit dem Bau von bezahlbarem Wohnraum.

„Ich will außerdem, dass die Stadt sicherer und sauberer wird. Wiesbaden ist schön – aber teilweise dreckig“ sagt Gerich. „Beispiele aus anderen Städten zeigen, wie es gehen könnte. Sauberkeit ist ein wichtiges und emotionales Thema.“ Im September hat die Stadtverordnetenversammlung deshalb auf Initiative der SPD die Einrichtung einer zentralen Müll-Hotline beschlossen.

Ein weiteres ganz wichtiges Thema ist die Kinderbetreuung. Es fehlen Krippenplätze und eine verlässliche Kinderbetreuung für Grundschüler. Wie eine von der Stadt durchgeführte Elternbefragung ergeben hat, gibt es außerdem einen Betreuungsbedarf für jedes zweite Kind unter drei Jahren, derzeit gibt es aber ein Angebot für gerade einmal jedes vierte Kind. Deshalb sagt Gerich: „Wir brauchen den weiteren Ausbau des Krippenprogramms und der Grundschulkindbetreuung.“

Zu den Folgen des Umzugs des Europa-Hauptquartiers der US-Army und des damit einhergehenden zusätzlichen Fluglärms hat Gerich im Oktober ein Positionspapier vorgestellt. „Es ergibt sich durch den Umzug Positives wie etwa Kaufkraftsteigerung oder neue Freundschaften. Aber mit dem Umzug sind auch bedeutende Nachteile verbunden. Dazu gehören der erweiterte Landverbrauch, die noch nicht restlos geklärte Zufahrt für die Clay-Kaserne, der Anstieg der Mietpreise auf dem Wohnungsmarkt und die steigende Lärmbelastung. Ich werde mich für so wenig Trainingsflüge wie möglich nach 20 Uhr, die Reduzierung der Flüge an Sonn- und Feiertagen und die Verlagerung von weiteren Übungsflügen weg von Wiesbaden einsetzen.“ Gerich wird nach seiner Wahl die Einberufung eines runden Tisches mit betroffenen Bürgern, Vertretern der Ortsbeiräte und Bürgerinitiativen sowie eine Beteiligung der Bürger an der Lärmschutzkommission veranlassen.

„Ich will, dass man sich in dieser Stadt kümmert: Alte um Junge, Junge um Alte, Wohlhabende um Ärmere, Alteingesessene um Neubürger. Die Stadt ist kein Konzern. Die Stadt ist mehr, das sind wir alle.“

„Ich bitte Sie deshalb, mir am 24. Februar Ihre Stimme zu geben, damit Wiesbaden wieder eine menschlichere Stadt wird.“

OB-Kandidat Sven Gerich beim Stammtisch im Weißen Ross

Mitten in der gemütlichen Vorweihnachtszeit fand sich Prominenz im historischen Gasthaus „Zum Weißen Ross“ in Naurod ein. Der derzeitige Vorsitzende der SPD-Fraktion im Wiesbadener Stadtparlament, Sven Gerich, gesellte sich am 13. Dezember zum Stammtisch der Nauroder SPD. Schließlich will Sven Gerich bei der Wahl am 24. Februar neuer Oberbürgermeister von Wiesbaden werden. Zwar gilt die Ad-

ventszeit nicht gerade als typische Wahlkampfzeit, gleichwohl stellte sich Sven Gerich den Fragen und Anmerkungen der anwesenden Bürger zu den verschiedensten Themen der Kommunalpolitik. Und dass es dabei nicht nur um Nauroder Themen



ging, sondern auch um Wiesbadener Themen, wurde schnell klar. Wie geht es weiter mit der privaten EBS Universität in Wiesbaden? Warum soll es nun doch ein neues Stadtmuseum geben? Was wird die Umweltzone ab 1. Februar bringen und warum gehört Naurod nicht dazu? Solche und andere Themen wurden mit dem OB-Kandidaten in ungezwungener Atmosphäre bei Apfelwein und deftigem Essen diskutiert. Und natürlich gab es auch den ein oder anderen, der sich den Kandidaten einfach nur mal aus der Nähe ansehen wollte. Sven Gerich, dem es in Naurod immer wieder gut gefällt, versprach auf jeden Fall wiederzukommen, auch wenn er dann schon Oberbürgermeister ist. MS

Energiefahrt der SPD Naurod: Diesmal ging es um Solartechnik

Am 7. September 2012 fand die 5. Energiefahrt der Nauroder SPD statt. Diesmal ging es zur Firma Wagner Solar in Cölbe bei Marburg. Bei einer Werksführung im Innen- und Außenbereich wurden den gut 30 Teil-



nehmern die beiden Hauptformen der Energie-gewinnung aus Sonnenenergie demonstriert: Die Solarthermie zur Warmwassergewinnung sowie die Photovoltaik zur Stromerzeugung. Die Nauroder SPD setzte damit ihre 2008 begonnene Reihe von

jährlichen Informationsfahrten zum Thema "erneuerbare Energien" fort. Nach den Themen Geothermie (2008), Bioenergie (2009), Wasserkraft (2010) und Windkraft (2011) drehte sich im Jahr 2012 alles um die Sonnenenergie.

Die Firma Wagner Solar wurde 1979 von acht Marburger Studenten aus der Anti-Atomkraft-Szene gegründet und ist inzwischen eines der führenden Unternehmen auf dem Gebiet der Solartechnik mit über 300 Mitarbeitern. Das Unternehmen gehört seinen Mitarbeitern, die alle wesentlichen Unternehmensentscheidungen basis-demokratisch treffen. Nach einem herzlichen Empfang durch Wagner-Mitarbeiter Tino Lübeck folgte eine Werksführung am Firmenhauptsitz, dem ersten Bürogebäude Europas, das als "Passiv-Haus" konstruiert wurde. Anlagen zur Warmwassergewinnung aus Sonnenenergie können bereits mit begrenztem Aufwand für jedes Einfamilienhaus installiert werden. Im Bereich Photovoltaik (PV) ging es in der Vergangenheit vorwiegend den erzeugten Strom zu gesetzlich festgelegten Abnahmepreisen in das allgemeine Stromnetz einzuspeisen. Da jedoch die Abnahmepreise ständig abgesenkt werden, wird es künftig für die technische und finanzielle

Planung solcher PV-Anlagen vermehrt darauf ankommen, den produzierten Strom möglichst vor Ort selbst nutzen zu können. Da die Anschaffungskosten für Solarmodule in den letzten Jahren deutlich gesunken sind, wird

eine Investition in PV-Anlagen auch für Privatleute immer interessanter.

Im Schulungsraum der Fa. Wagner konnten die Teilnehmer dann



ausführlich darüber diskutieren, wie die angestrebte Energiewende durch eine dezentrale Energiegewinnung und einen Energiemix aus den verschiedenen Formen regenerativer Energien erreicht werden kann. Anschließend speisten die Gäste aus Naurod gemeinsam mit den Mitarbeitern in der Firmenkantine zu Mittag. Der Besuchstag wurde mit einem Rundgang durch die Marburger Altstadt und der Einkehr in ein traditionsreiches Marburger Terrassen-Café abgerundet.

Übrigens: Auch in diesem Jahr soll es wieder eine Energiefahrt für alle interessierten Bürger geben. Geplanter Termin ist Freitag, der 13. September 2013

MS

Das Märchen von der Universität

Es war einmal der Oberbürgermeister einer Landeshauptstadt: Er lag des Nachts im Bett und überlegte sich, wie er den Ruhm seiner Stadt mehren und sich selbst ein Denkmal setzen könnte. Wie schön wäre es doch, wenn seine Stadt auch eine Universität hätte. Die auf der anderen Rheinseite habe schließlich auch eine. Er grübelte lange und schließlich fiel ihm ein, dass es jenseits des Rheingauer Gebücks eine Fachhochschule gab (neudeutsch European Business School, EBS, genannt), die sich sehr elitär vorkam, denn sie wurde privat geführt; und nur gegen einen fünfstelligen Jahresbeitrag konnten dort die Kinder reicher Eltern ein Studium der Wirtschaftswissenschaften aufnehmen, das als Basis einer späteren Karriere taugte. Da hierzulande - im Vergleich zu anderen Ländern - die soziale Herkunft für den Besuch einer Bildungseinrichtung wichtiger ist als die eigenen Fähigkeiten, ließe sich der Prestigegewinn der Stadt mit Geld erkaufen. Die EBS musste also in seine Stadt.

Auch die Landesregierung, die sich aus schwarzen und gelben Politikern zusammensetzte, die ebenfalls an ihrem eigenen Image arbeiten/bastelten, war der Meinung, dass man diese Einrichtung unterstützen solle. Zwar gab es in der Landeshauptstadt bereits eine öffentliche Hochschule, die erfolgreich und gut arbeitete und die Investitionen und Finanzierungsmittel ihres Trägers, dem Land, dringend benötigte, die aber in der Disziplin „Glamour“ hinter der privaten Hochschule zurück blieb. Und Glamour ist nun mal für viele Politiker sehr wichtig.

Um perfekt in diesen Plan zu passen, fehlten der EBS allerdings zwei Dinge: eine gute Adresse, wie die einer Landeshauptstadt, und das Prädikat „Universität“, das sie nur erhält, wenn sie mindestens zwei Fakultäten hat. Also musste eine Jura-Fakultät her.

Gedacht, getan, machten sich die Politiker ans Werk sich ihre Vision zu erfüllen. Zunächst war es wichtig, dicht bei den Entscheidungen bezüglich der EBS dabei zu sein; das konnte man dadurch bewerkstelligen, dass man Mitglied Aufsichtsgremien der EBS wurde. So fanden sich dort u.a. mehrere Landesminister und auch der Oberbürgermeister ein.

Darüber, dass durch diese Konstellation Interessenskonflikte entstehen könnten, sah er großzügig hinweg, denn man verfolgte ja höhere Ziele.

Das Glück wollte es, dass in Wiesbaden durch den Umzug des Gerichtes ein innerstädtisches Gelände, ein Filetstück, frei wurde, das als Standort für die neue Universität gerade gut genug war. Es bedurfte allerdings vieler Millionen von Investitionen, die die private EBS nicht aufbringen konnte. Was lag da näher, als dass Land und Stadt, zwar selbst nicht gut bei Kasse, sich berufen fühlten mit Steuermitteln in die Bresche zu springen. Schließlich ging es ja um eine wichtige, gute Sache, um viel Prestige für sich selbst und ein noch besseres Karrieresprungbrett für die betuchten Studierenden.

Wie es im Märchen jedoch ebenfalls häufig der Fall ist, gab es auch Probleme:

Erstens wollten gar nicht so viele Studenten das neue Fach Jura belegen, wie erwartet worden war und wie für Renommee und Wirtschaftlichkeit notwendig sind.

Zweitens gab es Turbulenzen um den guten Freund der Politiker und Präsidenten der EBS, was zum Einschreiten der Staatsanwaltschaft gegen ihn und zu seinem unrühmlichen Abschied führte. Die Sache wurde heiß und erste Sympathisanten und Politiker, die den Braten rochen, rückten von der EBS ab und legten ihr Mandat im Stiftungsvorstand nieder. Aber nicht alle. Der Oberbürgermeister jedenfalls zu diesem Zeitpunkt nicht.

Drittens nahm sich der Hessische Rechnungshof der Sache an und kam zu vernichtenden Ergebnissen, was die korrekte Verwendung von Fördermitteln und die solide Finanzierung des gesamten Projektes anbelangte. Die neue Führung der EBS konnte nicht fristgerecht eine schlüssige Finanzplanung vorlegen, obwohl sie dort selbst solche Dinge lehren. Der lange angesagte und vertraglich festgelegte Baubeginn auf dem vorgesehenen Gelände wurde verschoben und verschoben, und bis heute hat sich auf dem Filetstück nichts getan. Jetzt erst hat der Oberbürgermeister gemerkt, dass er Gefahr läuft, für das Desaster mit

verantwortlich gemacht zu werden und hat sein Mandat niedergelegt. Man fragt sich, wozu Aufsichtsgremien denn da sind, wenn sie nicht merken, wenn etwas – sogar strafrechtlich Relevantes wie persönliche Bereicherung oder nicht sachgerechte Verwendung von Fördermitteln – in ihrem Aufsichtsbereich schief läuft.

Liebe macht bekanntlich blind und es wäre doch so schön gewesen, wenn man als OB sich die Feder, einer Universitätsstadt vorzustehen, hätte an den Hut stecken können.

Und jetzt noch das Unglück, dass Wahlen anstehen. Die Bürger, deren Steuergelder in das Projekt geflossen sind – die sinnvoller z. B. für die Schaffung von Kitaplätzen oder zur Sanierung von maroden Grundschulen, wie der Nauroder Rudolf-Dietz-Schule, verwendet werden könnten –, haben es jetzt in der Hand die angemessene Strafe für einen Politiker auszusprechen: Abwahl.

Fazit: Die Stadt braucht einen neuen, verantwortungsbewussten Oberbürgermeister:

Sven Gerich.

WM

Neujahrstreff 2013 der SPD Naurod – Ehrung für Günter Beltz

Der SPD-Ortsverein Naurod hatte am Dienstag, den 15. Januar wieder zu seinem traditionellen Neujahrsempfang ins Forum eingeladen. Neben zahlreichen Gästen aus Naurod konnte der Nauroder SPD-Vorsitzende Mathias Scherer wieder Gäste aus benachbarten Stadtteilen und aus der Wiesbadener Innenstadt begrüßen. Er betonte in seiner Begrüßung, dass es im Gegensatz zu den meisten anderen Neujahrsempfängen bei der Nauroder SPD weder Sekt noch feine Häppchen gibt, sondern hausmacher Wurst und natürlich Apfelwein. Als besonderer Gast fand sich Oberbürgermeister-Kandidat Sven Gerich ein, der mit einem launigen Grußwort auf die bevorstehenden politischen Entscheidungen in Wiesbaden einstimmte. Beide, Scherer und Gerich, ehrten



schließlich noch das Nauroder Urgestein Günter Beltz für 40-jährige Parteimitgliedschaft.

Simon Rottloff als Kandidat für den Bundestag

Simon Rottloff ist als Kandidat für die Bundestagswahl im September 2013 – und somit als Nachfolger von Heidemarie Wieczorek-Zeul - nominiert worden. Das ist genau das richtige Zeichen: „Gewerkschafter tritt gegen Schröder an“ titelte die Tagespresse kurz nach seiner Nominierung im November des vergangenen Jahres. Der 36jährige Rottloff lebt seit fast 20 Jahren in Wiesbaden und wohnt mit seiner Lebensgefährtin in Kloppeheim. Als Stadtverordneter und Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) sind vor allem die Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein ganz wichtiges Thema für ihn. Er setzt sich unter anderem für einen gesetzlichen Mindestlohn, und die Eindämmung der Leiharbeit ein. Als Gesamtbetriebsratsvorsitzender der SOKA -BAU (SOKA-BAU ist der gemeinsame Name für die Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft (ULAK) und die Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes AG (ZVK) die ihren Sitz in Wiesbaden in der Wettinerstraße hat) und durch jahrelanges Engagement in der hiesigen Vereinswelt ist er eng mit der Wiesbadener Ehrenamtskultur verwoben. Rottloff selbst ist motiviert und kämpferisch.



„Präsenz zeigen und das Miteinander wieder stärker fördern. Das ist die Basis für eine verantwortungsvolle politische Auseinandersetzung“, so Rottloffs Maxime.

Warum ich in die SPD eingetreten bin

Ich habe mich schon immer für Politik interessiert und bin der Meinung, dass man sich gegen Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit zur Wehr setzen muss. Genau aus diesem Grund bin ich Amnesty International 2010 beigetreten. Amnesty beweist für mich, dass man ohne Gewalt nur durch öffentlichen Druck die Welt gerechter machen kann.

Doch mit der Zeit wurde mir klar, dass der Kampf für die Menschenrechte in der Welt zwar einen wichtigen Aspekt von Gerechtigkeit darstellt, doch dass Gerechtigkeit noch viel mehr umfasst. Bezogen auf Deutschland nehmen die Jusos - als Jugendorganisation der SPD - diesen Gedanken auf und setzen sich für soziale Gerechtigkeit, insbesondere auch für die Rechte von Frauen, ein und bieten jungen Menschen die Chance, ihre Meinung kund zu tun, dafür einzutreten und wirklich etwas zu bewegen.

Die Grundwerte der Jusos und der SPD sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese halte ich für ein friedliches Zusammenleben in einer funktionierenden Gesellschaft für unabdingbar.

Aus diesen Grundwerten ergeben sich Positionen, die die SPD als älteste Partei Deutschlands nunmehr seit 150 Jahren vertritt und verteidigt. Im Gegensatz zur CDU, allen voran mit ihrer aktuellen Familienministerin Kristina Schröder, ist die SPD die Partei, die die Gleichberechtigung von Frauen nicht nur schon am längsten (nämlich seit dem Erfurter Programm 1891) fordert, sondern auch konsequent darauf pocht, dass diese endlich in allen Lebensbereichen durchgesetzt wird.

Damit die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinander geht, bedarf es nach meiner Auffassung gesellschaftlicher Veränderungen und politischer Korrekturen. Für mich gehören dazu die Einführung eines allgemeinen Mindestlohns und eine gerechtere Besteuerung der Einkommen. Dass „laissez-faire“ – wie es von den Neoliberalen propagiert wird – nicht wirklich ein erfolgreiches Programm ist, haben die Immobilien-, Banken- und Schuldenkrise eindrucksvoll unter Beweis ge-

stellt. Um gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen zu vermeiden und die soziale Marktwirtschaft zu erhalten, sind staatliche Eingriffe dringend erforderlich. Um Gerechtigkeit zu wahren bzw. erst zu schaffen muss, der Staat reglementierend in das Wirtschaftssystem eingreifen und die Menschen unter anderem vor den Wildwüchsen eines realitätsfernen Finanzmarktes schützen. Im Mittelpunkt sollte immer der Mensch stehen. Deswegen ist es richtig, in der EU zusammenzustehen und gefährdete Staaten zu retten, damit die Europäische Gemeinschaft gestärkt aus der Krise hervorgehen kann und so weiter zusammenwächst. Das ist meine Überzeugung und dafür steht auch die SPD. Deshalb bin ich in der SPD.

Julia Schwarzer



Julia Schwarzer ist 16 Jahre alt und besucht die Elly-Heuss-Schule in Wiesbaden. Im vergangenen Jahr ist sie mit ihrer Familie nach Naurod gezogen und im September in die SPD eingetreten. Sie ist damit das jüngste Mitglied der Nauroder SPD. Das Foto zeigt sie direkt rechts neben Oberbürgermeister-Kandidat Sven Gerich (Bildmitte) bei einer Ju-so-Aktion während des Parteitages der Wiesbadener SPD am 17. Januar 2013 in Delkenheim.

Herausgeber: SPD-Ortsverein Wiesbaden-Naurod, Bremthaler Str. 14a

<http://www.spd-naurod.de>

Presserechtlich verantwortlich: Mathias Scherer

Redaktion: Wilfried Möhrle, Mathias Scherer, Julia Schwarzer

Photos: privat

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Umweltpapier.

Aus dem Ortsbeirat Naurod

Der Nauroder Ortsbeirat tagte in den vergangenen 12 Monaten insgesamt 6 Mal. Nachfolgend werden die wichtigsten Themen zusammenfassend dargestellt:

Forderung nach mehr Betreuungsplätzen für Unter-3-Jährige in Naurod

Am 28. Februar 2012 beantragte die SPD-Fraktion, das Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren deutlich auszuweiten. Davon gibt es derzeit in Naurod insgesamt 25, davon 10 in der Evangelischen Kindertagesstätte und 15 in der ASB-Kindertagesstätte. Der tatsächliche Bedarf ist jedoch wesentlich größer. Allein bei der Evangelischen Kindertagesstätte stehen 48 Nauroder Kinder auf der Warteliste. Jedoch werden dort pro Jahr nur 3 Plätze frei, die wiederbesetzt werden können. Bei der ASB-Kindertagesstätte werden pro Jahr maximal 7 Plätze frei. Die SPD kritisiert, dass die anstehende Sanierung des Forums, in dem die Evangelische Kindertagesstätte untergebracht ist, nicht dazu genutzt wird, die baulichen Voraussetzungen für eine Ausweitung des Platzangebotes zu schaffen. Die CDU sieht hier leider keinen Handlungsbedarf, da die Versorgungsquote bei dieser Altersgruppe in Naurod mit 23,8 % etwas über der Quote für ganz Wiesbaden (21,4 %) liegt. Dabei wird jedoch verkannt, dass die Vorgaben der Versorgungsquote nur auf allgemeinen Durchschnittswerten beruhen, aber den tatsächlichen Bedarf vor Ort nicht berücksichtigen. Und niemand kann bestreiten, dass die Wartelisten für Nauroder Eltern einfach unzumutbar lang sind. Die Nauroder SPD wird daher weiter an dem Thema bleiben.

Kampf gegen die Matschwüste auf dem Schulhof der Rudolf-Dietz-Schule

Am 28. Februar 2012 haben sowohl SPD als auch CDU fast gleichlautende Anträge gestellt, dass die Stadt geeignete Maßnahmen treffen solle, um die akuten Missstände im unbefestigten Teil des Schulhofs der Rudolf-Dietz-Schule zu beseitigen. Denn der Schulhof verwandelt sich bei nasser Witterung in eine „Matschwüste“. Die Kinder tragen den

Dreck ins Schulgebäude und mit nach Hause. Die Kleidung der Kinder wird regelmäßig verdreckt. Doch die verantwortliche Schuldezernentin Rose-Lore Scholz (CDU) hat signalisiert, dass von ihr keine Hilfe zu erwarten ist, da dafür kein Geld eingeplant sei. In ihrer Not hat die Schulgemeinde daher nun die Initiative ergriffen: Im Schulerschluss zwischen Schulleitung, Elternbeirat und Förderverein sollen die notwendigen Maßnahmen nach und nach in Eigenleistung umgesetzt werden. Ein Landschaftsarchitekturbüro wurde mit der Planung beauftragt, die bei einem Informationsabend am 8. Oktober 2012 vorgestellt wurde. Im November fanden die ersten Arbeiten unter tatkräftiger Unterstützung vieler Eltern, Lehrer und Schüler statt: In einem besonders von Matsch betroffenen Teilbereich wurden eine breite Rutsche und große Findlinge zur Befestigung installiert. Der Ortsbeirat Naurod wollte die Grundschule nicht im Regen stehen lassen und hat am 25. September 2012 einstimmig beschlossen, den gesamten Restbetrag seiner besonderen Verfügungsmittel, mithin 4.285,88 EUR, für diesen ersten Bauabschnitt zur



Verfügung zu stellen. Vielleicht besinnt sich die Stadt Wiesbaden doch noch eines Besseren und hilft bei den weiteren Bauabschnitten finanziell etwas aus.

Marode Gebäude der Rudolf-Dietz-Schule

Primär um die Rudolf-Dietz-Schule ging es auch bei den Beratungen des Ortsbeirates am 27. März 2012 zum Doppelhaushalt der Stadt Wiesbaden für die Jahre 2012/2013. In einem gemeinsamen Antrag von SPD und CDU wurden bei den Haushaltsanmeldungen ausreichende Finanzmitteln zur dringend notwendigen Sanierung von Teilen des Schulgebäudes bewusst an erste Stelle gesetzt. Das Schulamt hatte

lediglich auf eine bauliche Prioritätenliste verwiesen, nach der die verfügbaren Haushaltsmittel auf alle Wiesbadener Schulen verteilt werden sollen, ohne für die Rudolf-Dietz-Schule eine besondere Aussage zu treffen. Im Haushaltsplanentwurf finden sich für die Rudolf-Dietz-Schule Aufwendungen von etwa 100.000 EUR für 2012 und knapp 92.000 EUR für 2013. Selbst wenn diese Beträge ausschließlich für bauliche Sanierungsmaßnahmen aufgewendet werden könnten, dürften sie für die notwendigen Maßnahmen bei weitem nicht ausreichen. Der Ortsbeirat bat daher eindringlich darum, in der Prioritätenliste die Rudolf-Dietz-Schule an vorderster Stelle zu berücksichtigen und einen angemessenen Betrag vorzusehen. Inzwischen hat die Stadt die Prioritätenliste überarbeitet und dabei der Bitte des Ortsbeirates teilweise entsprochen, so dass nun hoffentlich bald eine spürbare Besserung erreicht werden kann.

Urnengemeinschaftsgräber und Urnenwand

Bei den Beratungen des Ortsbeirates am 27. März 2012 zum Doppelhaushalt der Stadt Wiesbaden für die Jahre 2012/2013 ging es auch um die Einrichtung von Urnengemeinschaftsgräbern und Urnenwänden auf dem Nauroder Friedhof. Der Ortsbeirat möchte den Bürgern weitere und kostengünstige Bestattungsformen anbieten und damit auch allgemein veränderten Bestattungsgewohnheiten Rechnung tragen. Daher hatte er Mittel zur Einrichtung von Urnengemeinschaftsgräbern und Urnenwänden angemeldet. Das Grünflächenamt hatte angekündigt, dass der Bau einer Urnenwand in Naurod im Doppelhaushalt vorgesehen wird. Wo die geeignetste Stellen auf dem Nauroder Friedhof ist, wird derzeit geprüft.

Sanierung des Forums

Der Forderung des Ortsbeirates nach einer Sanierung des Forums hatte sich das zuständige Hauptamt angeschlossen und dabei die Dachsanierung als vordringlich bezeichnet. Der Ortsbeirat ist daher erfreut, dass der Haushaltsplanentwurf einen Betrag von 400.000 EUR für die Sanierung von Dach und Entwässerung des Forums vorsieht. Die erste Bauphase beginnt am 1. Juni 2013 und dauert voraussichtlich bis 31.

Oktober 2013. In dieser Zeit bleibt das Forum für Veranstaltungen geschlossen.

Geplante Bebauung im Bereich nördlich des Friedhofsweges

Am 26. Juni 2012 beantragte die SPD im Ortsbeirat, bei der geplanten Bebauung nördlich des Friedhofsweges (insgesamt ca. 5.300 m²) den westlichen Bereich (ca. 500 m²) von einer Bebauung auszunehmen, um die dort bestehenden Hausgärten zu erhalten. Bereits am 28. September 2011 hatte der Ortsbeirat einer Bebauung (insbesondere durch altengerechte Wohnungen) der bislang zur Friedhofserweiterung dienenden Fläche nördlich des Friedhofsweges grundsätzlich zugestimmt. In der ersten Planung war die westliche Hälfte dieses Flurstücks bereits von einer Bebauung freigehalten und skizzenhaft den angrenzenden Wohnhäusern zugeordnet. Die SPD stellte fest, dass dieser Teil des Grundstücks von den Bewohnern des benachbarten Grundstücks Lilienstraße 8 bis 14 als hinzugepachtete Hausgärten intensiv genutzt und gepflegt wird und dadurch faktisch mit dem Nachbargrundstück verbunden ist. Da die Gartennutzung für diese Familien einen erheblichen Teil ihrer Wohn- und Lebensqualität darstellt, sollte sie nach dem Willen der SPD erhalten werden und auf eine Bebauung dieser Teilfläche verzichtet werden. CDU und GRÜNE haben hierfür jedoch keine Notwendigkeit gesehen und dies mit ihrer Stimmenmehrheit im Ortsbeirat abgelehnt. Inzwischen sind die Planungen aber ohnehin vorerst „auf Eis gelegt“, da noch keine Einigung über den Ankauf der Grundstücke erzielt wurde.

Naurod Vorreiter bei Wegekartierung

Mehr Gemeinsamkeit fanden die Fraktionen am 26. Juni 2012 zur Wegekartierung in der Nauroder Gemarkung. In einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen wurde dem städtischen Umweltamt eine umfangreiche Wegeplanung vorgelegt, wonach die öffentlichen Wege außerhalb der geschlossenen Siedlung in verschiedene Kategorien eingestuft wurden. Dies sind zum einen solche, die aus Freizeit- oder landwirtschaftlichen Gründen erhaltungswürdig sind und somit besonders zu pflegen sind. Einige dieser Wege, die mit den Jahren völlig zugewach-

sen und kaum noch als Wege zu erkennen sind, sollen nach dem Willen des Ortsbeirates wieder soweit hergestellt werden, dass sie von landwirtschaftlichen Fahrzeugen und Fußgängern genutzt werden können. Das gilt besonders für Verbindungen zwischen bestehenden Wegen, wie etwa die Verbindung zwischen Dörrwiese und Rudolf-Dietz-Hütte. Zum anderen wurden aber auch solche Wege identifiziert, die aus Sicht des Ortsbeirates aufgegeben und einer anderen Nutzung zugeführt werden können. Vorausgegangen war ein Pilotprojekt des Umweltamtes, mit dem nach und nach in allen Stadtteilen geprüft werden soll, inwieweit offiziell vorhandene öffentliche Wege in Feld und Flur tatsächlich noch gebraucht werden. Ziel der Stadt ist es, auf möglichst viele Wege verzichten zu können, um den hohen Erhaltungsaufwand einzusparen. Dabei entschloss sich das Umweltamt zur Beteiligung der jeweiligen Ortsbeiräte, da sie die bessere Ortskenntnis haben. Den Anfang aller 26 Wiesbadener Ortsbezirke machte dabei Naurod. Der Nauroder Ortsbeirat setzte eine Arbeitsgruppe ein, der alle Mitglieder des Ortsbeirates sowie Vertreter der Revierförsterei, des Naturfreundevereins und der örtlichen Landwirte angehörten. In mehreren Arbeitssitzungen schuf die Arbeitsgruppe mit großer Detailfreude ein durchdachtes Konzept, welche der über 60 km umfassenden Wegstrecken in Naurod erhalten bzw. wiederhergestellt und welche aufgegeben werden sollen. Dabei wurde in erheblichem Umfang der Forderung des Umweltamtes auf verzichtbare Feldwege gefolgt. Im Gegenzug erwartet der Ortsbeirat von der Stadt, dass das verbleibende Wegenetz deutlich aufgebessert und kontinuierlich gepflegt wird.

Offenlegung des Wickerbachs in der Obergasse?

Am 25. September 2012 hat die SPD einen umfangreichen Fragenkatalog an den Magistrat zur weiteren Planung einer Offenlegung des Bachlaufs in der Obergasse eingebracht. Gefragt wurde dabei insbesondere, wieviel Prozent der Gesamtlänge des oberirdischen Bachlaufs durch erforderliche Überfahrgitter wieder abgedeckt werden müssten, wieviele Parkplätze im öffentlichen Straßenraum aufgrund einer Offenlegung des Wickerbachs wegfallen würden und welche Möglichkeiten bestehen,

alternativ zu einer Offenlegung über die Gesamtlänge der Obergasse nur einen Teil offenzulegen, beispielsweise erst ab der Bäckerei. Laut Auskunft des Magistrats würden von der Gesamtlänge des offenen Bachkanals von 320 Metern für das Überfahren von Grundstückseinfahrten und Straßenquerungen ca. 180 Meter wieder mit Gittern abgedeckt werden. Zu den Parkplätzen gab die Stadt noch keine genauen Zahlen an, hielt aber bei einer bestimmten Planungsvariante den Wegfall von etwa der Hälfte der Parkplätze für möglich. Am 31. August 2012 fand dazu eine Bürgerversammlung in Naurod statt, bei der einige Anwohner ihren Unmut über die Pläne äußerten. Schließlich fand am 17. Dezember 2012 ein weiteres Gespräch zwischen Umweltamt und Ortsbeirat statt, in dem das Umweltamt den Überlegungen einer nur teilweisen Offenlegung aus technischen Gründen eine klare Absage erteilte. Außerdem wies es darauf hin, dass ohne eine Offenlegung der unterirdische Bachkanal nach modernem Stand der Technik und nach geltenden Vorschriften erneuert werden müsste und nicht mehr wie der alte Bachkanal löchrig sein könnte. Am 22. Januar 2013 beschloss der Ortsbeirat aufgrund eines gemeinsamen Antrags aller Fraktionen, dass trotz der erkannten Probleme an der Offenlegung des Bachlaufs in der Obergasse grundsätzlich festgehalten werden soll, er aber von Überlegungen einer nur teilweisen Offenlegung Abstand nimmt. Außerdem legte der Ortsbeirat Wert darauf, dass bei der Planung möglichst viele Parkplätze erhalten bleiben. Hinsichtlich der Gitter forderte er, in jedem Einzelfall sorgfältig zu prüfen, ob sie tatsächlich notwendig sind und hierbei auch die jeweiligen Anlieger zu befragen. Der bisherige Bachkanal soll als Drainage beibehalten werden, um negative Auswirkungen auf die Grundwassersituation sowie Schäden an den umliegenden Gebäuden, insbesondere an der auf Eichenpfählen ruhenden Kirche zu vermeiden. Auch die derzeit bestehenden Anschlüsse der Anlieger in den Bachkanal sollen nach Möglichkeit erhalten bleiben. Und schließlich sollen durch die Maßnahmen die Anlieger nicht mit Kosten belastet werden.

Die angestrebte Umgestaltung des Bereichs vor und hinter der Kirche zu einer Art Dorfplatz hängt wesentlich davon ab, wie die Situation des

Wickerbachs in der Obergasse gelöst werden kann. Solange hier keine Entscheidung getroffen ist, bleibt auch das Projekt Dorfplatz auf Eis. Wichtig ist dabei, dass die Nauroder Bürger, insbesondere (aber nicht nur) die Anlieger in der Obergasse angehört werden. Hierzu soll es in absehbarer Zeit entsprechende Gespräche geben.

Outdoor-Sportgeräte für Senioren und Behinderte

Am 26.11.2012 beschloss der Ortsbeirat auf Antrag der SPD einstimmig, dass geprüft werden soll, inwieweit in Naurod im Freien Sportgeräte zur Bewegungsförderung speziell für Senioren und Behinderte installiert werden können. Dabei soll geprüft werden, wieviele Geräte und welche Art von Geräten aufgestellt werden können und welche geeigneten Standorte es dafür in Naurod gibt. Etwas Ähnliches existiert bereits seit Mai 2012 in Wiesbaden, nämlich der „NaturParcours“ im Bahnhof. Die Antwort der zuständigen Dezernentin Birgit Zeimetz (CDU) vom 11. Januar 2013 war allerdings enttäuschend. Das Grünflächenamt, das an einer Studie über geeignete Standorte im gesamten Stadtgebiet arbeite, habe auch „die vom Seniorenbeirat vorgeschlagene Fläche am Sportplatz Naurod“ untersucht und im Ergebnis als „nicht prioritär“ eingestuft. Insgesamt stellte die Dezernentin für das Nauroder Vorhaben keine ausreichende Unterstützung in Aussicht. Die Nauroder SPD, die in dieser Frage eng mit einem Vertreter des Seniorenbeirats zusammenarbeitet, wird sich jedoch mit dieser Antwort nicht zufrieden geben und weiter nach sinnvollen Lösungen suchen.

MS



www.spd-naurod.de